



## Tunnelblick am Bahnhof

Von Olaf Brandtstaedter,  
Bahnhofsplatz Initiative

Mit der drohenden Bebauung des Bremer Bahnhofsplatzes mit zwei monströsen Hochhäusern zeigt die derzeitige rot-grüne Bremer Landesregierung, dass sie die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger zur Gestaltung ihrer Stadt nicht wirklich wahrnimmt und ernst nimmt, sondern ignoriert. Das Versprechen der SPD aus dem Jahr 2001 war, dass jede Bebauung abgelehnt werde, die den Blick auf den über 100 Jahre alten Bahnhof „verstellt oder verschandelt“. Von dieser Haltung haben sich die Bremer Genossen in jüngster Zeit mit einer rasanten Wende schlagartig entfernt: Ein Investor bietet an, das Grundstück unter Wert zu kaufen, seinen Bebauungsvorstellungen wird kurzerhand stattgegeben. Dabei müssten wichtige Punkte berücksichtigt werden:

- Die Sichtbarkeit des denkmalgeschützten Bahnhofs aus touristisch-wirtschaftlicher Sicht.
- Die Ablehnung vieler Bürger einer völlig unindividuellen Null-Acht-Fünfzahn-Architektur, Marke „Schuhkarton“, die weder Ortsbezug noch Willkommenskultur bietet; gerade

dieser Entrée-Bereich der Stadt muss freigehalten werden.

- Die drohende Ausweitung des bestehenden Engegefühls im Bremer Hauptbahnhof auf den Bahnhofsplatz, es entstünde ein ungeliebter, hektischer Ort.

- Die Bremer Bürger sind nicht in die Planungen einbezogen worden, trotz vielfacher Beteiligungsversprechen der Politik, gerade von Bündnis 90/Die Grünen.

- Alternativen zu einer Bebauung, die das Aufenthaltsgefühl der Bürger in den Blick nehmen, sind nicht ernsthaft erwogen worden.

- Stattdessen könnte am Bahnhof ein Ort mit Grün und einigen Brunnen entstehen, den sich viele Bremer wünschen, mit denen wir gesprochen haben.

Ziel unserer Bürgerinitiative ist daher vorrangig, die Politiker wieder in Kontakt mit den Bedürfnissen der Bürger zur Gestaltung ihrer Stadt zu bringen, da wir das Gefühl haben, hier wurde mit einem „Tunnelblick“ entschieden. Würde denn die repräsentative Demokratie ernsthaft beschädigt werden, wenn sie den Bebauungs-Beschluss wieder aufhebt? Oder muss hier ein Volksentscheid her?